



Die Zukunft der Verteidigung in der Europäischen Union - ein Strategiepapier: Europa 2020

Autor : Joachim Bitterlich



Es sind schwere Zeiten. Die Spannungen zwischen der Ukraine und Russland waren vermutlich nie so groß wie heute. Die Verhandlungen nehmen an Fahrt auf, um endlich einen Ausweg aus der Krise zu finden. Die Stiftung nimmt dies sowie das Ende der Münchner Sicherheitskonferenz zum Anlass und veröffentlicht eine Studie von Joachim Bitterlich zur Zukunft der Europäischen Verteidigung.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Finanzkrise : Prognose/EU - Zypern - Frankreich - Griechenland **Kommission** : Energie - Beschäftigung/Jugend - Entwicklung - Handel/TTIP **Parlament** : Luxleaks **Diplomatie** : Ukraine/Russland - Syrien/Irak - Rat **EZB** : Griechenland **Europäische Agenturen** : Verteidigung **Deutschland** : Sicherheit **Belgien** : Fiskalpolitik **Kroatien** : Völkermord **Dänemark** : Währungsstabilität **Frankreich** : Reformen? - TTIP/Senat **Griechenland** : Programm - Besuch/Europa - Verhandlungen? **Ungarn** : Besuch/Merkel **Italien** : Präsident - Privatisierung **Litauen** : ESM **Malta** : Deutschland **Großbritannien** : Armee/Meer - Entwicklung - Steuerwesen **Kosovo** : Rücktritt **USA** : Besuch/Europa - Ukraine **NATO** : Plan/Wiederbelebung **Berichte / Studien** : Deutsch-Französisch **Kultur** : Ausstellung/Paris - Ausstellung/Venedig - Ausstellung/Brüssel - Konzert/London - Kino/Bafta

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Finanzkrise :

Winter-Wirtschaftsprognose der Europäischen Kommission



Laut der Winterprognose der Europäischen Kommission vom 5. Februar dürften die Volkswirtschaften aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union zum ersten Mal seit 2007 in diesem Jahr wieder wachsen. Das Wachstum dürfte sich 2015 für die EU insgesamt auf 1,7 % und für den Euroraum auf 1,3 % erhöhen. 2016 könnte sich das jährliche Wachstum dann bei 2,1% beziehungsweise bei 1,9% etablieren. Ausgelöst haben diesen erfreulichen Trend eine erstarke Binnen- und Auslandsnachfrage, eine weitgehend neutralen Haushaltspolitik und die ausgesprochen lockere Geldpolitik der EZB. Die Wachstumsaussichten werden in ganz Europa noch immer durch eine "schwache Investitionstätigkeit und hohe Arbeitslosigkeit belastet", so die Kommission. Jedoch haben einige wichtige Ereignisse im Herbst den kurzfristigen Entwicklungshorizont aufgehellt. Die Ölpreise sind rascher gesunken als bisher, der Euro hat merklich nachgegeben, die EZB hat eine quantitative Lockerung versprochen und die Europäische Kommission hat ihre Investitionsoffensive für Europa vorgelegt. Die Inflationsrate dürfte 2015 weiter zurückgehen und erst 2016 wieder anziehen. Trotz der Schaffung neuer Arbeitsplätze wird es aber nur einen leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit geben. Die Arbeitslosenquote dürfte etwas auf 9,8% in der EU und auf 11,2% in der Eurozone in diesem Jahr sinken. Schließlich sagte die Kommission einen Abbau des öffentlichen Defizits in der EU voraus, auf 2,6% in diesem Jahr und 2,2%

Troika-Besuch in Zypern anlässlich der Überprüfung des makroökonomischen Anpassungsprogramms



Seit dem 27. Januar führt ein Team der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) eine Evaluierungsmission in Nikosia durch. Am 6. Februar legte es nun eine Erklärung zur aktuellen Wirtschafts- und Finanzlage in Zypern vor. Das Team der Troika diskutierte mit zypriotischen Beamten die Fortschritte seines wirtschaftlichen Reformprogramms sowie neue Prioritäten für die Zukunft. Dabei betone man wie wichtig ein "anhaltender wirtschaftlicher Aufschwung" sei. Ebenso sei die Verabschiedung eines gesetzlichen Rahmens für Immobilienpreise und eine moderne Gesetzgebung für Insolvenzfälle ein entscheidender Grundfeiler im Makroökonomischen Anpassungsprogramm, das 2013 zusammen mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus auf den Weg gebracht wurde. In diesem Kontext stellen EZB und IWF aber fest, dass man "zu keiner Einigung bei der Bewertung der bisherigen Anstrengung gekommen sei". Man hoffe aber, die Evaluierung abschließen zu können, sobald die Umstände eine positive Schlussfolgerung zuließen... [Fortsetzung](#)

Das öffentliche Defizit in Frankreich beträgt 85.6 Milliarden Euro für 2014



Der französische Finanzminister hat am 5. Februar die finalen Zahlen für das öffentliche Defizit im Jahr 2014 vorgestellt. Demzufolge stieg es auf 85.6 Milliarden Euro an, gegenüber 74,9 Milliarden Euro im Jahr 2013. Die Zahlen decken sich mit der Prognose des Finanzministers von Mitte Januar. Das Defizit ist um 3,4 Milliarden geringer als die 89 Milliarden Euro, die man noch im Dezember für den Nachtragshaushalt verabschiedet hatte. Außerdem beträgt nach Angaben der französischen Zollbehörde das Handelsdefizit im Jahr 2014 53,8 Milliarden, 2013 waren es 60,8 Milliarden Euro. Die Verbesserung lässt sich mit einem geringeren Energieverbrauch erklären, der im Vergleich mit 2013 um 11 Milliarden Euro zurückging. Geschuldet ist dies den milden Temperaturen sowie dem seit Oktober anhaltenden Preisverfall beim Öl. Die Exporte in der Luftfahrt und Luxussparte, traditionell die Exportschlager in Frankreich, bleiben stabil. Die Ausfuhren in der Auto-, Maschinen und Chemiebranche ziehen an. Im Gegenzug gehen die Verkäufe von Agrar- und Pharmaprodukten aber zurück... [Fortsetzung](#)

Herabstufung der griechischen Kreditwürdigkeit



Die Ratingagentur Standard and Poor's hat am 6. Februar die Kreditwürdigkeit Griechenlands auf B- herabgestuft, während Moody's seine negative Bewertung der Kreditwürdigkeit weiter unter Beobachtung gestellt hat. Diese neue Anpassung der amerikanischen Agenturen manövriert Griechenland in eine Situation, die nun mehr nur wenige Stufen von der Staatspleite entfernt ist. Standard and Poor's kommt zu dem Entschluss, dass die Liquiditätsprobleme der griechischen Banken und Wirtschaft keinen Aufschub mehr bei der Einigung Athens mit seinen internationalen Gläubigern bezüglich der Staatsschuldenfrage duldet... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Kommission beginnt Arbeit an der Energieunion



Anlässlich der Präsentation seiner politischen Leitlinien im Parlament hatte Jean-Claude Juncker am 15. Juli 2014 betont, dass "Europa zu stark abhängig von seinen Gas- und Ölimporten ist." Die EU importiert 55% ihrer Energie. Junckers erklärtes Ziel war es deshalb "diese Abhängigkeit zu reduzieren und unseren Energiemarkt gleichzeitig für Nicht-EU-Länder offen zu halten". Am 4. Februar haben nun die Arbeiten für eine Energieunion begonnen, die der Kommissionspräsident angestoßen hatte. Der Investitionsplan sieht vor die für den Energiesektor wichtigen finanziellen Mittel zu mobilisieren. Folgt man Miguel Arias Cañete, dem für Klima und Energie zuständigen Kommissar, dann "handelt es sich dabei nicht einfach darum alte Ideen wieder neu aufzuwärmen, vielmehr beinhaltet das Projekt konkrete Maßnahmen, die in die Tat umgesetzt werden sollen". Am 25. Februar soll der strategische Rahmen für die Energieunion angenommen werden, ebenso wie das "Positionspapier für Paris", das die EU-Klimaziele für die Ende des Jahres in Paris stattfindende Klimakonferenz spezifizieren soll... [Fortsetzung](#)

Die Kommission stellt 1 Milliarde Euro im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit zur

Verfügung



Die Europäische Kommission hat am 4. Februar einen Gesetzesvorschlag präsentiert, der noch in diesem Jahr eine Milliarde Euro für Beschäftigungsinitiativen für Jugendliche bereitstellen würde. Dadurch wird die Vorfinanzierung, die Mitgliedstaaten zur Förderung der Beschäftigung von jungen Menschen erhalten, um bis das 30-Fache erhöht. Nach Einschätzungen der Kommission könnte die Anschubfinanzierung die Freigabe von Sofortmitteln beschleunigen. Zwischen 350000 und 650000 Jugendliche wären in diesem Jahr davon betroffen, im Rahmen der aktuellen Vorfinanzierungsquote könnten nur 14 000–22 000 junge Menschen unterstützt werden. Der neue Vorstoß ist Teil der "Jugendgarantie", mit der jungen Menschen unter 25 Jahren "innerhalb von vier Monaten, nachdem sie die Schule verlassen haben oder arbeitslos geworden sind, eine hochwertige Arbeitsstelle, einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz" erhalten sollen. Der Vorschlag der Kommission muss nun vom Europäischen Parlament und Rat beurteilt werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Die europäische Position zur globalen Entwicklungspartnerschaft nach 2015



Die Kommission hat am 5. Februar ihre Erklärung zur "globalen Partnerschaft für die Auslöschung von Armut und eine nachhaltige Entwicklung nach 2015" vorgestellt. In dieser Erklärung unterbreitet die Kommission der internationalen Gemeinschaft ihre Vorschläge. Ebenso Erwähnung findet Europas Beitrag im globalen Kraftakt gegen Armut, für eine nachhaltige Entwicklung und den Schutz der Menschenrechte. Inspiriert sind die Vorschläge von den 17 Prioritäten, welche die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Juni 2014 vorgelegt hatte. Diese liegen auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung, der Lebensmittelsicherheit, der nachhaltigen Landwirtschaft, der Gesundheit, der Friedenssicherung, der Bildung, der Geschlechtergleichstellung, dem Wasserzugang, der Energie, der Beschäftigung, den Arbeitsbedingungen, der Bekämpfung von Ungleichheit, aber auch dem Schutz des Ökosystems und der Artenvielfalt. Die Kommission bekundet auf diese Weise ihre Unterstützung für den Appell des UN-Generalsekretär. Dieser hatte alle Länder weltweit - Industrie- und Schwellenländer in gleichem Maße - dazu aufgerufen ihren Beitrag für Entwicklungshilfe zu erhöhen. Dieser müsste seinen Schätzungen zu Folge eigentlich bei 0,7% des jeweiligen nationalen Bruttoinlandsproduktes liegen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

TTIP: Abschluss der 8. Verhandlungsrunde



Am 6. Februar ist die achte Verhandlungsrunde zum transatlantischen Handelsvertrag (TTIP) zu Ende gegangen, an der 200 amerikanische und europäische Unterhändler in Brüssel teilnahmen. Auch wenn noch keine konkrete Entscheidung gefällt wurde, so konnten doch zumindest die Mehrheit der Punkte zu TTIP behandelt werden, etwa Zölle im Dienstleistungssektor und eine mögliche Öffnung des öffentlichen Sektors. Der europäische Chefunterhändler, der Spanier Ignacio Garcia Bercero und sein amerikanischer Amtskollege Dan Mullaney bekräftigen ihren Willen die Diskussionen zu vertiefen, ohne dabei aber die Skepsis ihrer Bürger zu übergehen. Vor der Sommerpause wird es noch zu zwei weiteren Verhandlungsrunden kommen, die erste wird im April in Washington stattfinden. Cécilia Malmström verwies grundsätzlich noch einmal auf die drei Hauptziele der EU im Rahmen des transatlantischen Handelsvertrages: Wirtschaftliche Prosperität, eine effiziente Regierungsführung in Europa und die Bedeutung der EU weltweit... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Parlament :

Luxleaks: Europaparlament schlägt Einrichtung einer Spezialkommission vor



Die Vorsitzenden der politischen Parteien im Europäischen Parlament haben am 5. Februar die Einrichtung einer Spezialkommission vorgeschlagen. Diese soll das sogenannte "tax ruling", also die verbindlich Absprache zwischen Steuerbehörden und Unternehmen in den EU-Mitgliedsstaaten untersuchen. Das Europäische Parlament sprach sich bei einer Plenumsitzung am 9. Februar für diesen Schritt aus. Im Falle eines entsprechenden Mehrheitsvotums, kann diese Kommission in den kommenden Wochen ihre Arbeit aufnehmen, sobald die Mitglieder entsprechend den Fraktionen und der Sitzverteilung im Parlament bestimmt wurden... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Angela Merkel und François Hollande erst in Kiew, dann in Moskau

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am 5. Februar die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und den französischen Präsidenten François Hollande in Kiew empfangen. Er dankte ihnen für ihren



Beitrag zur Deeskalation des Konflikts. Die Staatsführer diskutierten die Situation im Donbass und mögliche Lösungen, um eine Waffenruhe zu erreichen und endlich das Minsker Protokoll umsetzen zu können. Im Anschluss trafen François Hollande und Angela Merkel am 6. Februar in Moskau für Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ein. Die europäischen Staatschefs bemühten sich die in den letzten Tagen durch eine Wiederaufnahme der Kämpfe und mögliche Waffenlieferungen der USA an die Ukraine aufgeflamten Spannungen wieder zu beruhigen. Für den 11. Februar ist ein neues Treffen zwischen dem ukrainischen, russischen und französischen Präsidenten und der deutschen Kanzlerin in Minsk angesetzt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

EU gibt 1 Milliarde Euro für Syrien und Irak frei



Die Hohe Repräsentantin für Außenpolitik und die Europäische Kommission haben am 6. Februar ihre erste umfassende Strategie gegen die Bedrohung durch den Islamischen Staat vorgestellt. Die Strategie bringt bereits laufende Initiativen der Mitgliedsländer zusammen und stärkt deren Effektivität durch eine Bereitstellung von 1 Milliarde Euro. Die Kommission will damit Soforthilfe gewährleisten sowie die Stabilisation und Entwicklung in der Region vorantreiben. Federica Mogherini wünscht sich damit "Frieden und Sicherheit in einer Region wiederherzustellen, die nicht weit von uns entfernt ist, aber schon seit geraumer Zeit von Terrorismus und Gewalt geplagt wird". Die neue Strategie enthält politische Maßnahmen wie die diplomatischen Bemühungen der EU, aber auch praktische Maßnahmen: Programme gegen Radikalisierung sollen entwickelt werden, gegen die Finanzierung von Terrorismus gekämpft werden und eine bessere Grenzkontrolle geschaffen werden... [Fortsetzung](#)

Erklärung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten



Die 28 Außenminister sind am 9. Februar in Brüssel zusammengekommen. In Bezug auf die Situation in der Ukraine wurden neue Maßnahmen ergriffen: Gegen 19 Personen und 9 Körperschaften wurde ein Aufenthaltsverbot in der EU verhängt. Ihnen wird eine Beteiligung an der Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine vorgeworfen. Ebenso sollen ihre Vermögenswerte eingefroren werden, sofern die diplomatischen Bemühungen der EU bis zum 16. Februar keine Erfolge zeigen. Die Außenminister betonten außerdem, dass der EU eine Schlüsselrolle bei der Koordination des Kampfes gegen den Terrorismus zufällt: Die Prioritäten des Rates liegen bei der Stärkung internationaler Partnerschaften, dem Kampf gegen Radikalisierung und gewaltbereiten Extremismus, der Erleichterung von Kooperation auf internationaler Ebene und Maßnahmen gegen tieferliegende Ursachen. Es wurde beschlossen "den Kampf gegen den Terrorismus vollständig in die EU-Außenpolitik zu integrieren". Schlussendlich wurden auch die Anstrengungen zur Unterstützung des Demokratisierungsprozess in Afrika begrüßt. Die EU zeigte sich zuversichtlich über den politischen Prozess in Zentralafrika und Libyen, Anlass zur Sorge gebe aber die Situation im Jemen. .. [Fortsetzung](#)

EZB :

Die EZB erhöht den Druck auf die griechische Regierung



Die EZB hat am 4. Februar beschlossen keine griechischen Staatsanleihen als Garantien für Hauptrefinanzierungsgeschäfte mehr zu akzeptieren. Konkret heißt das, die EZB beendet eine Begünstigung, die es griechischen Banken bis dato erlaubte sich Geld mit schwächeren Garantien zu leihen als das an den Finanzmärkten möglich wäre. Einige Beobachter sehen in dieser EZB-Entscheidung den Versuch, die griechische Regierung in den Verhandlungen mit ihren europäischen und internationalen Gläubigern auf deren Kurs zu bringen. Der Schritt der EZB geschieht vor dem Hintergrund der Auszahlung des zweiten Hilfspakets an Griechenland (130 Milliarden Euro), das am 2012 beschlossen wurde und am 28. Februar endet. Die letzte Tranche über 3,6 Milliarden Euro wird allerdings nur dann an das Land ausgezahlt, wenn sich die Regierung bereiterklärt zusätzliche Reformen auf dem Gebiet der Haushaltsdisziplin auf den Weg zu bringen. Nichtsdestotrotz hält die EZB an dem Verfahren fest, dass es den griechischen Banken erlaubt im Notfall Liquiditätshilfen über die griechische Zentralbank zu erhalten; genannt wird dieser Prozess ELA (Emergency Liquidity Assistance). Mit diesen Notfallkrediten an die griechischen Banken hofft die EZB einen Liquiditätsengpass im griechischen Bankensystem zu verhindern... [Fortsetzung](#)

Europäische Agenturen :

Wechsel bei der Europäischen Verteidigungsagentur und der EU-Ausbildungsmission in Somalia



Jorge Domecq, designierter Generaldirektor der Europäischen Verteidigungsagentur, hat sein Amt am 2. Februar angetreten. Er betonte seinen Willen die EVA ganz "in den Dienst der Mitgliedsstaaten" stellen zu wollen. Das politische Komitee und der Sicherheitsrat ernannten ferner einen neuen Kommandanten für die EU-Ausbildungsmission in Somalia: Brigadegeneral Antonio Maggi wird seinen Vorgänger Massimo Mingiardi am 8. März ersetzen. Die Mission ist Teil einer breitangelegten Mission der EU für das Horn von Afrika. Sie hofft damit einen Beitrag für die Stabilität, Wachstum und Demokratie in Somalia leisten zu können. 4000 somalische Soldaten wurden bereits seit Beginn der Mission ausgebildet... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Deutschland :

Münchener Sicherheitskonferenz



Nach ihrem Besuch in Kiew am 5. Februar und der anschließenden Visite am 6. Februar in Moskau hat die deutsche Kanzlerin Angela Merkel am 7. Februar an der Münchener Sicherheitskonferenz teilgenommen. Merkel hielt eine wichtige Rede, in der sie Deutschlands Engagement in der Welt betonte, aber gleichzeitig erklärte, warum sie keine Waffen an die Ukraine liefern wolle. Der russische Außenminister Sergei Lawrow verlor einige lobende Worte zur deutsch-französischen Initiative, äußerte sich ansonsten aber sehr kritisch gegenüber der ukrainischen Regierung und Washington. Joe Biden, amerikanischer Vizepräsident, rief in Erinnerung, dass die Obama Administration seit 2009 einiges unternommen habe, um "die Beziehungen mit Russland auf ein konstruktives Niveau zu heben", aber "seit 2012 hat Präsident Putin einen andern Ton angeschlagen." Er betonte, dass Grenzen unverletzbar seien und "jede Nation ein Recht darauf hätte, sich ihre Partner selbst auszuwählen." Biden sagte auch, dass er nicht an "eine militärische Lösung in der Ukraine" glaube. "Aber Russland hat nicht das Recht, zu tun was es getan hat. Deswegen hat das ukrainische Volk auch ein Recht auf Selbstverteidigung", so Biden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Belgien :

Die Kommission eröffnet ein Prüfungsverfahren zu den Fiskalpraktiken Belgiens



Die Kommission hat am 3. Februar ein eingehendes Prüfverfahren zu einer belgischen Steuervorschrift eingeleitet, die einer Gruppe zugehörigen Unternehmen gestattet, ihre Körperschaftssteuerpflicht in Belgien auf der Grundlage sogenannter Steuervorentscheide zu "Gewinnüberschüssen" wesentlich zu mindern. Ihrem Wesen nach gestatten derlei Steuervorentscheide multinationalen Unternehmen in Belgien, ihre Körperschaftssteuerschuld um jene Gewinne zu mindern, die angeblich nur daher rühren, dass sie einem multinationalen Unternehmen angehören und die sie allein nicht erwirtschaften könnten. Derzeit "befürchtet" die Kommission, dass diese Steuerregelung "multinationalen Unternehmen selektive Vorteile gewährt". Die belgische Steuerregelung zu Gewinnüberschüssen verschafft zudem nur multinationalen Unternehmen erhebliche Steuervorteile, während diese nicht für Unternehmen gelten, die nur im Inland tätig sind. Das Vorgehen der Kommission ist Teil einer Reihe von Prüfungsverfahren mit denen die Kommission gegen selektive Steuerpraktiken einiger Mitgliedsstaaten vorgeht... [Fortsetzung](#)

Kroatien :

Internationaler Gerichtshof urteilt: Kein Völkermord zwischen Serbien und Kroatien



Der Internationale Gerichtshof (IGH) hat am 3. Februar sein Urteil über die Anträge Serbiens und Kroatiens auf eine gegenseitige Verurteilung wegen Völkermords verkündet. Zu diesen Anträgen kam es wegen der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern von 1991 bis 1995 kurze Zeit nach der kroatischen Unabhängigkeitserklärung. Um die 20000 Menschen hatten ihr Leben verloren. Das Gericht wies nun den Antrag Kroatiens mit der Begründung zurück, die serbischen Taten zu Beginn des Krieges hätten nicht das Ziel gehabt die ethnische Gruppe der Kroaten in einigen Gebieten Kroatiens auszulöschen, wie das serbische Sezessionisten reklamierten. Eine gewaltsame Umsiedlung sei vielmehr das eigentliche Ziel gewesen. Dem Gericht zufolge gab es keine Absicht einen Völkermord zu begehen. Im Gegenzug erklärte der Gerichtshof, dass sich auch Kroatien nicht des Völkermords schuldig gemacht habe. Falls "Akte eines Völkermords begangen worden sind, so sind diese nicht ersichtlich und eine entsprechende Absicht kann nicht

nachgewiesen werden". Gegen das Gerichtsurteil kann keine Berufung eingelegt werden... [Fortsetzung](#)

Dänemark :

Währungsstabilität Dänemarks durch die Entscheidung in der Schweiz betroffen



Die Entscheidung der Schweizer Nationalbank vom 15. Januar den festen Währungskurs des Frankens gegenüber dem Euro aufzugeben hat unerwartete Auswirkungen auf die dänische Währung. Die Dänen weigerten sich 2000 der Eurozone beizutreten, ihre Währung blieb seitdem aber eng an den Euro gebunden, weil die Schwankungen der dänischen Währung an den Euro geknüpft sind und wegen dem Europäischen Wechselkursmechanismus die Marke von 2,25% nicht unter- oder überschreiten. In der Praxis bewegten sich die Abweichungen meistens im 0,5%-Bereich. Banken und Finanzinstitution, die Geld in der Schweiz verloren, weichen nun aber nach Dänemark aus. Um dem massiven Zustrom von ausländischem Kapital, der die dänische Währung destabilisieren könnte, entgegenzuwirken, senkte Dänemarks Nationalbank (DNB) nun den Bezugsszins für Geldanlagen. Dieser war bereits negativ und wurde von der DNB am 20. Januar von -0,05% weiter auf -0,20% abgesenkt. Dies hatte die ausländischen Investoren aber kaum abgeschreckt, weil der Depotzins bei der Europäischen Zentralbank genau der gleiche ist. Deshalb setzte die DNB nun ihre Anstrengungen fort und senkte den Depotzins auf -0,50% am 30. Januar und schließlich auf -0,70% am 5. Februar. Dies ging einher mit dem Verkauf von 106,3 Milliarden an Devisenreserven... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frankreich :

Pressekonferenz von Präsident Hollande



Der französische Präsident hat am 5. Februar seine 5. Pressekonferenz abgehalten. Zunächst gab er seine Absicht bekannt, mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel nach Kiew reisen zu wollen, um dort eine Resolution für die Beilegung des ukrainischen Konflikts vorzuschlagen, die im Anschluss auch in Moskau vorgestellt werden soll. Hollande blickte ebenso nochmals auf die Anschläge Anfang des Jahres 2015 zurück. Er verwies auf Schule und Laizismus als die besten Waffen gegen Intoleranz: An konkreten Reformmaßnahmen werde es einen neuen Bürgervertrag geben, der die Ausbildung für Jugendliche verbessern soll. Es wird eine staatsbürgerliche Reserve geben, die Beteiligungsmöglichkeiten an der Demokratie sollen gestärkt werden, und die Mittel für Schulen aufgestockt werden (eine bessere Lehrerausbildung, eine Aufwertung der Berufsschulen, und mehr Prävention gegen Schulabbruch). Präsident Hollande stellte des Weiteren Reformen für mehr Beschäftigung unter den Jugendlichen, eine stärkere Einbindung von Langzeitarbeitslosen und ein besseres Abschneiden der Unternehmen sowie vereinfachte Finanzhilfen an die französische Wirtschaft in Aussicht. Schlussendlich appellierte Holland noch daran, eine Energieunion in Europa ins Leben zu rufen... [Fortsetzung](#)

Französischer Senat fordert Entfernung des Streitschlichtungsmechanismus aus TTIP



Der französische Senat hat am 3. Februar eine Resolution verabschiedet, in der er die im Transatlantischen Handelsvertrag (TTIP) vorgesehen Streitschlichtungsmechanismen ablehnt, ähnliches gilt für das Freihandelsabkommen mit Kanada. Der nicht-bindende Text appelliert daran "die komplette Transparenz der Diskussionen und die Offenlegung der Vorgehensweise, die Unabhängigkeit und die Unparteilichkeit der Schlichter sowie einen effektiven Aufbau eines Berufungssystems gegen die Entscheidungen vor einem unabhängigen Schiedsgericht" zu gewährleisten.

Die Resolution schlägt des Weiteren vor, dass "es ein internationales Streitschlichtungssystem für Investitionen geben soll, das auf dem Streitschlichtungssystem der Welthandelsorganisation (WTO) basiert"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Griechenland :

Politische Grundsatzrede von Alexis Tsipras



Der griechische Premierminister Alexis Tsipras hat am 8. Februar eine Grundsatzrede vor dem griechischen Parlament gehalten. Er gab sich entschlossen "alle Versprechen seines Programms" zu halten und Griechenlands Schulden gegenüber seinen Gläubigern zu bedienen. Er beharrte aber darauf, dass Griechenland keine Verlängerung des von der Troika finanzierten Hilfsprogramms wolle. "Griechenland will seine Schulden begleichen", aber die Partnerländer sollen "an den Verhandlungstisch zurückkehren um über Maßnahmen zu diskutieren, die einen Gestaltungsspielraum" zulassen,

erklärte Tsipras. Er gebe sich zwei Wochen Zeit, um ein neues Arbeitsprogramm aufzustellen, das dann bis Juni 2015 gelten solle. Unter die sozialen Sofortmaßnahmen, die am Sonntagabend verabschiedet wurden, fallen eine "graduelle Erhöhung des Mindestlohns von 580 auf 750 Euro" von jetzt bis 2016, ein "bedingungsloser Krieg gegen Korruption" und die "Wiedereröffnung" des staatlichen Fernsehsenders ERT... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Offizieller Besuch von Alexis Tsipras in Brüssel



Der griechische Premierminister Alexis Tsipras hat am 4. Februar bei seinem offiziellen Antrittsbesuch in Brüssel die Präsidenten der drei europäischen Institutionen getroffen. Tsipras zeigte sich optimistisch eine "gemeinsame, tragfähige und für alle Seiten akzeptable Lösung" für "eine gemeinsame Zukunft" von EU und Griechenland zu finden.

Zuvor hatte er nacheinander mit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, dem Parlamentspräsidenten Martin Schulz und dem Ratspräsidenten Donald Tusk Gespräche geführt. Tusk betonte dabei, wie wichtig es sei "eine zufriedenstellende Lösung für alle an den Verhandlungen über eine Finanzhilfe für Griechenland beteiligten Mitgliedsländer" zu finden. Diese Verhandlungen, welche "innerhalb der Eurogruppe stattfinden werden", würden schwierig werden. Sie erforderten "Dialog- und Kooperationsbereitschaft sowie eine entschiedene Anstrengung seitens Griechenland", so Tusk in einer Erklärung. Tsipras erklärte nach seiner Rückkehr in der nächsten Woche den Partnern einen Plan vorlegen zu wollen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Die griechischen Führungspolitiker besuchen ihre europäischen Partner



Kaum an die Macht gekommen, sind der griechische Premierminister Alexis Tsipras und sein Finanzminister Yanis Varoufakis auch schon auf Europatournee gegangen. Erklärtes Ziel war es Unterstützung für einen Kompromiss bei der Schuldenfrage ihres Landes zu finden. Am 3. Februar wurde Alexis Tsipras von seinem italienischen Amtskollegen Matteo Renzi empfangen, der sich optimistisch zeigte. Renzi erklärte, "die aktuellen Bedingungen lassen es zu eine Einigung mit den Europäischen Institutionen zu finden". Die Unterredung mit dem französischen Präsidenten François Hollande am 4. Februar, in der man sich gegenseitigen Respekt zollte, verlief ähnlich. Im gleichen Zeitraum traf der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis am 2. Februar seinen britischen Amtskollegen George Osborne und am 4. Februar den Präsidenten der EZB Mario Draghi. Zu Ende ging die europäische Rundreise von Varoufakis mit einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen Wolfgang Schäuble, das in folgende Abschlusserklärung mündete: "Wir sind uns uneinig über unsere Meinungsverschiedenheiten". Der deutsche Finanzminister hielt seine Skepsis angesichts der "angekündigten Maßnahmen" der griechischen Regierung nicht verborgen. Die Möglichkeit einer Annullierung der Schulden und die Infragestellung der Kooperation zwischen Griechenland und der Troika hielt er für ausgeschlossen. Am 11. Februar wird sich die Eurogruppe in einer Sitzung mit Griechenland befassen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Ungarn :

Angela Merkel zu Besuch in Budapest



Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat am 2. Februar den ungarischen Premierminister Viktor Orbán in Budapest getroffen. Merkel rief bei diesem Anlass die Wichtigkeit der Europäischen Grundrechte in Erinnerung, nachdem der ungarische Außen- und Handelsminister zuvor erklärt hatte, dass die verschiedenen Länder die "Demokratie auch verschieden interpretieren können". Außerdem betonte Merkel, dass Deutschland keine Waffen an die Ukraine liefern werde und dass eine militärische Lösung keine Option darstelle... [Fortsetzung](#)

Italien :

Der neugewählte Präsident Italiens Sergio Mattarella legt seinen Amtseid ab



Sergio Mattarella hat am 3. Februar im Palazzo Montecitorio der italienischen Republik und deren Verfassung in Anwesenheit des gesamten Parlaments (Abgeordnetenversammlung und Senat) und der regionalen Abgeordneten seine Treue geschworen. Er dankte seinen beiden Vorgängern im Amt Carlo Azeglio Ciampi und Giorgio Napolitano. Danach bekräftigte er in seiner Rede ganz Italien vertreten zu wollen und die Verfassungsprinzipien zu verteidigen, "die nicht durch die Krise herabgesetzt werden dürfen". Für das Staatsoberhaupt liegen die Prioritäten bei dem Gesetz für mehr Beschäftigung junger Menschen, der Beendigung des Reformprozesses und der

neuen Wahlgesetzgebung. Wie schon seine Vorgänger, so forderte auch der neue Präsident das Projekt der Europäischen Union ohne Verzögerung wieder zu beleben, "das ein Hoffnungsschimmer bleiben muss"... [Fortsetzung](#)

Neue Privatisierungen in Italien



Das italienische Schatzamt hat seine Zustimmung gegeben 5-6% der Anteil am Stromkonzern Enel zu verkaufen. Der Verkauf, der vermutlich zwischen dem 9. und 20. Februar stattfinden wird, soll innerhalb weniger Stunden über die Bühne gehen. Gleichzeitig kündigte das Schatzamt an, Merrill Lynch und Cleary Gottlieb als Berater für die Ende des Jahres anstehende Privatisierung der staatlichen Eisenbahn Ferrovie dello Stato (FS) beauftragt zu haben. Ziel ist es damit ein starkes Signal an internationale Investoren abzugeben, dass man es ernst meint mit seinen Privatisierungsplänen... [Fortsetzung](#)

Litauen :

Litauen tritt dem Europäischen Stabilitätsmechanismus bei



Litauen ist am 3. Februar das 19. Mitglied im Europäischen Stabilitätsmechanismus geworden, nachdem das Land am 1. Januar offiziell den Euro eingeführt hatte. Die Mitgliedsländer des ESM haben die Möglichkeit eine Finanzhilfe zu beantragen, falls sie Schwierigkeiten bei der Finanzierung auf dem Finanzmarkt haben. Das gilt jedoch nur für den Fall, dass eine solche Unterstützung als notwendig betrachtet wird, um die Stabilität der gesamten Eurozone und seiner Mitgliedsländer zu bewahren. Als Mitgliedsland des ESM haftet Litauen mit 2,86 Milliarden Euro, von denen 372,2 Millionen Euro direkt eingezahlt werden... [Fortsetzung](#)

Malta :

Joseph Muscat in Berlin



Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat am 4. Februar in Berlin ihren Amtskollegen aus Malta Joseph Muscat empfangen. Ihre Diskussion drehte sich um die schwierige Situation im Mittelmeerraum, besonders in Libyen, aber auch um den Ukraine Konflikt und die Stabilität der Eurozone. In einer gemeinsamen Pressekonferenz wies Joseph Muscat drauf hin, dass die Stabilität in Libyen "entscheidend" für die Sicherheit Europas sei. "Die EU kann nicht erst die Handlung verweigern und dann von der Situation überrascht sein", betonte er. In Bezug auf Griechenland erklärte Muscat, dass Malta "gegen eine Schuldenerleichterung für Griechenland ist, aber für mehr Flexibilität, die dem Land eine Atempause verschafft".. [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Großbritannien :

Die modernste Marine der Welt



Anlässlich eines Besuchs in Portsmouth (Großbritannien) hat der britische Finanzminister George Osborne eine neue Strategie für die Marine vorgelegt. Die "Royal Navy" soll so die modernste Marine der Welt "bleiben". Er kündigte zudem den Bau von zahlreichen Kriegsschiffen vom Typ Global 26 und das Ausschöpfen aller Exportmöglichkeiten an. Alle zwei Jahre soll von nun an ein neues Kriegsschiff konstruiert werden. Die britische Regierung hofft mit dieser Strategie die Royal Navy fit machen zu können, so dass diese die Kapazitäten besitzt, die sie braucht, um "nationale Interessen zu schützen und ihrem Status als modernste Marine in der Welt gerecht zu werden"... [Fortsetzung](#)

Neuer Wirtschaftsplan für die Entwicklung von Yorkshire und North Lincolnshire



Der britische Premierminister David Cameron hat am 5. Februar einen neuen Entwicklungsplan für Yorkshire und North Lincolnshire vorgelegt. Der Ansatz der Regierung zielt in seinen Grundelementen auf Beschäftigungswachstum, das Transportwesen, die verarbeitende Industrie, Wissenschaft und Terrorismus. Die Regierung Cameron hofft damit langfristig die Zahl der Arbeitslosen um 100 000 senken zu können. Die Investitionshilfen für die Transportbranche sollen ebenfalls um 6,4 Millionen £ erhöht werden. Ebenso möchte man die Lebensqualität in Yorkshire und North Lincolnshire durch kulturelle, kreative und sportliche Veranstaltungen in der Region und 20 000 neuen Wohnungen steigern... [Fortsetzung](#)

Britischer Bericht zur Steuerflucht



Die Kommission für öffentliche Ausgaben im Unterhaus hat am 6. Februar ihren Bericht zur Steuerflucht vorgelegt. Speziell geht es um die Rolle, die Beratungsexperten beim Auffinden von Steuerschlupflöchern spielen. Eine britische Kanzlei erteilte demnach Vorschläge zur Steuervermeidung für Luxemburg - eine Praktik, die sich mehr und mehr internationalisiert und als normal betrachtet wird. Die Kommission deckte nun auf, dass die Förderung von Steuerflucht in der Realität durch den Verhaltenskodex vieler Unternehmen erlaubt ist. Umso dringlicher scheint deshalb ein Eingriff der Regierung, um den Sektor zu regulieren: Die Einführung eines Verhaltenskodex im Steuerbereich könne beispielsweise helfen... [Fortsetzung](#)

Kosovo :

Kosovarischer Arbeitsminister wegen Beleidigung der albanischen Bevölkerungsgruppe entlassen



Der kosovarische Arbeitsminister Aleksandar Jablanovic, ein Angehöriger der serbischen Minderheit, wurde am 3. Februar entlassen. Die Entscheidung zielte darauf ab, die zahlreichen Kosovaren zufrieden zu stellen, die am 26. Januar in den Straßen von Pristinas gegen Diffamierungen protestierten, mit denen Jablanovic die Albaner des Landes überzogen hatte. Die Demonstranten werfen ihm vor albanische Demonstranten als "Wilde" bezeichnet zu haben, weil diese eine Gruppe von Serben daran hinderten am orthodoxen Weihnachtsfest ein Kloster zu betreten. Zuvor hatten die Demonstranten angekündigt bis zur Entlassung von Jablanovic weiter auf die Straße gehen zu wollen. Dabei hatte es bis bereits 80 Verletzte gegeben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

USA :

Joe Biden auf offiziellem Staatsbesuch in Brüssel



Der Vizepräsident der USA, Joe Biden, ist am 6. Februar für einen offiziellen Staatsbesuch nach Brüssel gekommen. Er traf dort Martin Schulz, den Präsidenten des Europäischen Parlaments und Donald Tusk, den Präsidenten des Europäischen Rates, sowie die Vorsitzenden der europäischen Parteienfamilien. Der Besuch sollte die enge Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA in Erinnerung rufen. Donald Tusk lenkte die Aufmerksamkeit des amerikanischen Vizepräsidenten auf die großen, gemeinsamen Aufgaben von EU und USA, vor allem die militärische Eskalation in der Ukraine, den Kampf gegen den Terrorismus und die Verhandlungen eines transatlantischen Handelsabkommens. Sowohl der Präsident des Rates als auch der des Europäischen Parlaments sprachen sich für eine Festigung der euro-amerikanischen Beziehungen aus: "Wir müssen unsere beiden Kontinente stärker aneinander annähern" (Donald Tusk) und "Gemeinsam sind wir dazu aufgerufen den weltweiten Umwälzungen zu begegnen" (Martin Schulz)... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

John Kerry auf Besuch in Kiew und München



Der amerikanische Außenminister John Kerry ist am 5. Februar in Kiew eingetroffen. Er traf dort auf den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, Premierminister Arsenij Jazenjuk und Außenminister Pawlo Klimkin. Sie bekräftigten, dass Russland mit der illegalen Annexion der Krim und seinem Einmarsch in die Ost-Ukraine das internationale Völkerrecht gebrochen hätte. "Was wir jetzt brauchen ist Frieden. Um das zu erreichen, müssen wir die Grenzen sichern, die russischen Kräfte zurückdrängen und die von Russland gesteuerten Terroristen von ihren Nachschubwegen abschneiden", erklärte Kerry. Er macht auch bekannt, dass die USA ihre Hilfe für die Ukraine um 16,5 Millionen Dollar aufstocken. Sie beträgt nun 355 Millionen Dollar. Anschließend reiste Kerry nach Deutschland, wo er an der 51. Münchner Sicherheitskonferenz vom 6. bis zum 8. Februar teilnahm... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

NATO :

Die NATO-Verteidigungsminister bringen Aktionsplans auf den Weg



Die Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedsstaaten und Federica Mogherini, Chefin des diplomatischen Dienstes der EU, haben dem "Readiness Action Plan" am 5. Februar zugestimmt. Der Plan sieht eine Reihe von Maßnahmen vor, mit denen man auf die zutage getretenen Defizite in Russland, dem Mittleren Osten und Nordafrika antworten möchte. Die kollektive Verteidigung der Mitgliedsstaaten und ihre Kapazität im Krisenmanagement soll so gestärkt werden. Die schnelle Eingreiftruppe der NATO von der Größe einer Division setzt sich aus Luft- und Marinesoldaten sowie Spezialkräften

zusammen. Sie werden so trainiert werden, dass sie möglichst schnell in eine Vielzahl von Szenarien eingreifen können. Die Minister beschlossen zusätzlich eine weitere neue operationelle Einheit aufzustellen, in der Größe von etwa fünf Bataillonen und bestehend aus den drei Teilstreitkräften: Die "Very High Readiness Joint Task Force (VJTF)". Diese könnte dann in nur zwei bis drei Tagen in Kampfhandlungen eintreten. An der eigentlichen NATO-Mission hat sich aber nichts geändert. Sie bleibt eine "schlagkräftige und reaktive" Allianz, die jederzeit bereit sei einzugreifen, welche Herausforderungen da auch kommen mögen.. [Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Mit welchem Politikansatz raus aus der Eurokrise?



Das französische Institut für internationale Beziehungen (IFRI) veröffentlicht eine neue Publikation aus seiner Reihe "Eine deutsch-französische Vision" mit dem Titel: "Mit welchem Politikansatz raus aus der Krise? Für eine neue Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich". Autoren der Studie sind Pascal Kauffmann und Henrik Uterwedde. Beide analysieren, welche "Elemente für einen gemeinsamen Politikansatz und eine einvernehmliche Wirtschaftsagenda unabdingbar sind, damit die europäische Wirtschafts- und Währungsunion auf ein nachhaltiges Fundament gestellt und die drängenden Konjunkturprobleme endlich angegangen werden können"... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Ausstellung in der Pariser Pinakothek: "Zu Lebzeiten von Klimt, die Wiener Secession"



Die Pariser Pinakothek eröffnet am 12. Februar ihre neue Ausstellung über die Secession-Bewegung, ein wichtiger Bestandteil des Jugendstils, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Wien zu entwickeln begann. Die Ausstellung konzentriert sich auf Gustav Klimt, der eine treibende Rolle bei der Entstehung dieser Bewegung spielte. Die Künstlerbewegung war der Grund für die Entstehung des Expressionismus - einer der Hauptströmungen der modernen Kunst einige Jahre später. Das Herzstück der Ausstellung bildet eine Auswahl wichtiger Arbeiten von Gustav Klimt, von seinen ersten Studienjahren bis zu seinen großen Werken in seiner Hauptschaffenszeit, wie z.B. Judith I (1902) oder Frise Beethoven - sein maßstabgetreu rekonstruiertes Monumentalwerk, das nun zum ersten Mal in Frankreich ausgestellt wird. Die Ausstellung dauert noch bis zum 21. Juni 2015 an... [Fortsetzung](#)

Ausstellung "Poesie des Lichtes. Venezianische Zeichnungen aus der National Gallery of Art in Washington" im Museum Correr in Venedig



Das Museum Correr (Venedig) zeigt noch bis zum 15. März die Ausstellung "Poesie des Lichtes. Venezianische Zeichnungen der National Gallery of Art aus Washington". Mit Blick auf die Entstehung der venezianischen Kunst vom 16. bis zum 19. Jahrhundert werden mehr als 130 Werke der National Gallery of Art in Washington ausgestellt, wie den venezianischen Großkünstlern (Giorgione, Titien, Véronèse, Tintoret, Tiepolo) aber auch von Ausländer, die sich in die Stadt verliebten (Whistler, von Alt, Lear Werner, Callow, Sargent). Das Museum Correr (Venedig) zeigt noch bis zum 15. März die Ausstellung "Poesie des Lichtes. Venezianische Zeichnungen aus der National Gallery of Art in Washington". Mit Blick auf die Entstehung der venezianischen Kunst vom 16. bis zum 19. Jahrhundert werden mehr als 130 Werke der National Gallery of Art aus Washington ausgestellt, von den venezianischen Großkünstlern (Giorgione, Titien, Véronèse, Tintoret, Tiepolo) bis hin zu ausländischen Malergrößen, die sich in die Stadt verliebten (Whistler, von Alt, Lear Werner, Callow, Sargent)... [Fortsetzung](#)

Porträtkunst im Bozar in Brüssel



Noch bis zum 17. Mai 2015 zeigt das Brüsseler Palais des Beaux-Arts (Bozar) die Ausstellung "FACES THEN- Porträts aus der niederländischen Malerei". Die Porträtmalerei erfuhr in der Renaissance einen noch nie gesehenen Aufschwung. Das Individuum bekam einen Platz in der Gesellschaft und im wohlhabenden Bürgertum zugewiesen: Es verlangte nach Repräsentation. Die Ausstellung erlaubt einen Blick auf 50 Porträts aus dem 16. Jahrhundert, erschaffen von Meistern wie Quentin Metsys, Joos van Cleve oder Joachim Beuckelaer. Die in den Künstlerhochburgen der Niederlande entstandenen Gemälde schaffen eine Synthese zwischen dem Realismus und dem Idealismus. Und dieser ästhetische Winkelzug verleiht ihnen einen unschätzbaren Wert... [Fortsetzung](#)

Das Berliner Philharmonieorchester gibt fünf Konzerte in London



Der Dirigent und musikalische Leiter der Berliner Philharmonie Simon Rattle feiert in diesem Jahr seinen 60. Geburtstag. Dieses Ereignis soll gefeiert werden: Die britische Hauptstadt empfängt die Berliner Philharmonie vom 10. bis zum 15. Februar für fünf außergewöhnliche Konzerte im Barbican Center und im Southbank Center. Dirigent Rattle wird bei diesem Anlass einige seiner berühmtesten Werke zur Aufführung bringen, etwa die zweite Symphonie von Mahler, die man gemeinhin für eine der besten Aufnahmen hält und für die Rattle bereits zahlreiche Preise erhielt. Die gesamten Symphonien von Sibelius werden ebenso zu Ehren des 150. Geburtstags des Komponisten gespielt...
[Fortsetzung](#)

Siegerliste des BAFTA 2015



Am 8. Februar fand die 68. Verleihung des BAFTA (British Academy of Film and Television Arts) statt, die britische Filme in verschiedenen Preiskategorien auszeichnet. Die Auszeichnung für den besten Film erhielt "Boyhood", dessen Darstellerin Patricia Arquette auch die Trophäe für die beste Nebendarstellerin bekam. Julianne Moore wurde für ihre Rolle in "Still Alice" als beste Schauspielerin ausgezeichnet. In dem Film spielt sie eine Frau, die mit Alzheimer kämpft. "The Great Budapest Hotel", ein Film von Wes Anderson, wurde gar mit 5 Trophäen geehrt, darunter auch der Preis für das beste Drehbuch...
[Fortsetzung](#)

Agenda :



9. Februar
Brüssel
Rat "Auswärtige Angelegenheiten"



9. bis 12. Februar
Straßburg
Plenarsitzung des Europaparlaments



10. Februar
Brüssel
Rat für Auswärtige Angelegenheiten



11. Februar
Brüssel
Zusammenkunft der Eurogruppe



12. Februar
Brüssel
Informelle Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Charles de Marcilly, Helen Levy ; Guillaume Anglars, Romain Denninger, Flora Dumont,
Noémie Rossi, Francesca Tortorella

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}